

Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II – Auswirkungen auf die Rente

Heike Kubon und Jörg Kattenbach

Mitarbeiter im Bereich Grundsatz der Abteilung Rentenversicherung
der Deutschen Rentenversicherung Bayern Süd, München

Wer Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) erhalten kann, regelt das Zweite Buch des Sozialgesetzbuchs – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II), das seit 1. Januar 2005 in Kraft ist. Danach steht Arbeitslosengeld II grundsätzlich Personen zu, die

- **mindestens 15 Jahre alt sind**
- **die vorgeschriebene Altersgrenze (Ende des Monats der Regelaltersgrenze) noch nicht erreicht haben sowie**
- **erwerbsfähig und hilfebedürftig sind.**

Betreut werden die Arbeitslosengeld II-Bezieher von den sogenannten Jobcentern. Diese Bezeichnung tragen sowohl die gemeinsamen Einrichtungen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen als auch die daneben eigens zugelassenen Kommunen, die die Aufgaben nach dem SGB II alleine wahrnehmen. Im Folgenden wird ausschließlich die Bezeichnung „Jobcenter“ verwendet.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 (HBeglG 2011) vom 9. Dezember 2010 hat die Bundesregierung ein „Sparpaket“ geschnürt, das den Bundeshaushalt bis 2014 um rund 20 Milliarden Euro entlasten soll. Von den Sparmaßnahmen betroffen sind unter anderem die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Sie sind seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Nachfolgend werden die wesentlichen Änderungen bei der Berücksichtigung von Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II in der gesetzlichen Rentenversicherung beschrieben.

Auf die Besonderheiten der knappschaftlichen Rentenversicherung wird nicht eingegangen.

Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Beitrag regelmäßig nur die männliche Form verwendet.

1. Arbeitslosengeld II als rentenrechtliche Zeit

Unter dem Begriff „rentenrechtliche Zeiten“ werden alle Zeiten zusammengefasst, die sich auf den Rentenanspruch (Erfüllung der Wartezeiten, Erfüllung der besonderen rentenrechtlichen Voraussetzungen) und die Rentenhöhe auswirken können. Hierunter fallen:

- Beitragszeiten (Pflichtbeitragszeiten und Zeiten mit freiwilligen Beiträgen)
- Beitragsfreie Zeiten (Anrechnungszeiten, Ersatzzeiten und Zurechnungszeit) und
- Berücksichtigungszeiten (wegen Kindererziehung oder im Zeitraum vom 1. Januar 1992 bis 31. März 1995 wegen Pflege)

Bei den Beitragszeiten wird nach Zeiten mit vollwertigen Beiträgen und beitragsgeminderten Zeiten unterschieden. Beitragsgeminderte Zeiten entstehen für Kalendermonate, die mit Beitragszeiten und auch mit beitragsfreien Zeiten belegt sind.

Auch die Zahlung von Arbeitslosengeld II löst die Anerkennung rentenrechtlicher Zeiten aus. Aufgrund der genannten Rechtsänderungen hat sich die Art der zu berücksichtigenden Zeit jedoch geändert.

1.1 Rechtslage vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2010

1.1.1 Arbeitslosengeld II als Pflichtbeitragszeit

Bezieher von Arbeitslosengeld II waren bis zum 31. Dezember 2010 versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung. Anders als bei den übrigen Sozialleistungsbeziehern war für die Versicherungspflicht nicht Voraussetzung, dass vor Beginn des Arbeitslosengeldes II zuletzt Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung bestanden hat.

In bestimmten Fällen waren die Bezieher von Arbeitslosengeld II jedoch von der Versicherungspflicht ausgeschlossen, zum Beispiel dann, wenn das Arbeitslosengeld II nur darlehensweise gezahlt wurde. Gleiches galt ab 1. Januar 2007, wenn neben dem Arbeitslosengeld II eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit vorlag bzw. eine andere bereits versicherungspflichtige Sozialleistung gezahlt wurde. Die übrigen Ausschlussgründe sind unter Ziffer 1.2.1 bei den Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Anrechnungszeiten ab dem 1. Januar 2011 aufgezählt.

Bei Versicherungspflicht wurden die Beiträge an die Rentenversicherung aus einem „Entgelt“ von 205 Euro (in der Zeit vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2006 aus 400 Euro) monatlich errechnet und vom Bund getragen.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2010 führte der Bezug von Arbeitslosengeld II also regelmäßig zu einer Pflichtbeitragszeit.

1.1.2 Arbeitslosengeld II als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit

Pflichtbeitragszeiten, die wegen der Zahlung von Sozialleistungen entstanden sind, können grundsätzlich nicht gleichzeitig als Anrechnungszeiten berücksichtigt werden. Dies gilt auch für das Arbeitslosengeld II.

Eine Ausnahme gibt es jedoch für Zeiten bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Bis zu diesem Zeitpunkt können neben der bis 31. Dezember 2010 möglichen Pflichtbeitragszeit wegen der Zahlung von Arbeitslosengeld II zusätzlich Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit entstehen, wenn:

- a) Arbeitslosigkeit nach dem Recht der Arbeitslosenversicherung vorlag,
- b) der Arbeitslosengeld II-Bezieher arbeitsuchend bei einer deutschen Agentur für Arbeit bzw. bei einem Jobcenter gemeldet war,
- c) eine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit, ein versicherter Wehr- oder Zivildienst unterbrochen wurde (für Zeiten zwischen dem 17. und dem 25. Lebensjahr nicht erforderlich) und
- d) Beiträge durch ein Jobcenter an eine Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung, ein Versicherungsunternehmen oder an den Bezieher von Arbeitslosengeld II selbst nicht gezahlt wurden.

Eine Anrechnungszeit kann – anders als eine Pflichtbeitragszeit – unter Umständen auch dann in Frage kommen, wenn Arbeitslosengeld II nicht gezahlt wurde, weil der Versicherte zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen hatte.

Erläuterungen:

Zu a) Begriff der Arbeitslosigkeit

Der Begriff „Arbeitslosigkeit“ ist im Rentenversicherungsrecht nicht definiert. Deshalb wird hierfür auf das jeweils geltende Recht der Arbeitslosenversicherung (Sozialgesetzbuch Drittes Buch – SGB III) zurückgegriffen.

Nach den Vorschriften der Arbeitslosenversicherung liegt Arbeitslosigkeit nur vor, wenn die Betroffenen

- nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
- eine versicherte Beschäftigung suchen, indem sie alle Möglichkeiten nutzen und nutzen wollen, um ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der deutschen Agentur für Arbeit (eines Jobcenters) zur Verfügung stehen und
- sich arbeitslos gemeldet haben.

Wird Arbeitslosengeld II gezahlt, kann hieraus allein grundsätzlich nicht geschlossen werden, dass auch Arbeitslosigkeit vorliegt. Ob dies der Fall ist, muss im Einzelfall geprüft werden. Hat der Versicherte zum Beispiel neben dem Bezug von Arbeitslosengeld II einen „1-Euro-Job“ (eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) mindestens 15 Stunden wöchentlich ausgeübt, ist er während des „1-Euro-Jobs“ nicht „arbeitslos“. Die Anerkennung einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit kommt mangels „Arbeitslosigkeit“ hier nicht in Betracht.

Zu c) Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit (hier nur für Arbeitslosengeld II-Zeiten bis zum 17. Geburtstag erforderlich)

Zeiten der Arbeitslosigkeit können nur als Anrechnungszeiten berücksichtigt werden, wenn sie eine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit beziehungsweise einen versicherten Wehr- oder Zivildienst (im Folgenden versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit genannt) unterbrochen haben.

Von einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit spricht man in diesem Zusammenhang, wenn während dieser Beschäftigung oder Tätigkeit Versicherungspflicht bestanden hat und die Pflichtbeiträge auch tatsächlich gezahlt worden sind oder als gezahlt gelten. Keine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit in diesem Sinne liegt vor, wenn Pflichtbeitragszeiten aus anderen Gründen, zum Beispiel wegen Kindererziehung oder Sozialleistungsbezug vorliegen.

Eine sogenannte „Unterbrechung“ liegt vor, wenn die Arbeitslosigkeit bis spätestens zum Ende des Kalendermonats beginnt, der dem Kalendermonat folgt, in dem die versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit beendet wurde.

Eine selbständige Tätigkeit kann zusätzlich nur dann „unterbrochen“ sein, wenn sie ohne die Mitarbeit des Versicherten nicht weiter möglich ist.

Die „Unterbrechung“ einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist für die Berücksichtigung von Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit zwischen dem 17. und dem 25. Lebensjahr nicht nötig.

Zu d) Keine Zahlung von Beiträgen durch ein Jobcenter

Eine Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit kann nicht berücksichtigt werden, wenn das zuständige Jobcenter Beiträge an eine Versicherungseinrichtung oder Versorgungseinrichtung, an ein Versicherungsunternehmen oder an den Leistungsbezieher selbst gezahlt hat. Von dieser Regelung werden zum Beispiel Leistungsbezieher erfasst, die wegen der Mitgliedschaft bei einer berufsständischen Versorgungseinrichtung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind.

1.1.3 Zusammenfassung (Rechtslage bis 31. Dezember 2010)

bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres	nach Vollendung des 17. und vor Vollendung des 25. Lebensjahres	nach Vollendung des 25. Lebensjahres
Anerkennung als Pflichtbeitragszeit	Anerkennung als Pflichtbeitragszeit	Anerkennung als Pflichtbeitragszeit
Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit, wenn alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist dabei zwingend erforderlich)	Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit, wenn alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist hier nicht erforderlich)	Anerkennung einer Anrechnungszeit ist ausgeschlossen
Es entsteht gegebenenfalls eine beitragsgeminderte Zeit	Es entsteht gegebenenfalls eine beitragsgeminderte Zeit	Es entsteht eine (vollwertige) Beitragszeit

1.2 Rechtslage ab dem 1. Januar 2011

1.2. Arbeitslosengeld II als (eigenständige) Anrechnungszeit

Bezieher von Arbeitslosengeld II sind seit 1. Januar 2011 nicht mehr versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zeiten, in denen Versicherte Arbeitslosengeld II erhalten, sind seither grundsätzlich Anrechnungszeiten. Die Berücksichtigung von Anrechnungszeiten ist jedoch ausgeschlossen, wenn der Leistungsempfänger

- das Arbeitslosengeld II nur darlehensweise erhalten hat,
- ausschließlich Leistungen nach § 24 Absatz 3 Satz 1 SGB II (zum Beispiel Erstaussattung der Wohnung) bezogen hat,
- auf Grund von § 2 Absatz 1a BaföG keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung gehabt hat (betrifft zum Beispiel Schüler weiterführender allgemeinbildender Schulen, die bei den Eltern wohnen und deshalb kein BaföG, sondern ausnahmsweise Arbeitslosengeld II erhalten haben),
- Leistungen bezogen hat, deren Bedarf nach § 12 Absatz 1 Nummer 1 BaföG, § 66 Absatz 1 Satz 1 oder § 106 Absatz 1 Nummer 1 SGB III bemessen wurde (betrifft zum Beispiel Teilnehmer an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, die im Haushalt der Eltern wohnen und neben den Leistungen für die Ausbildung auch Arbeitslosengeld II erhalten haben) oder
- versicherungspflichtig beschäftigt oder versicherungspflichtig selbständig tätig war oder eine andere versicherungspflichtige Sozialleistung erhalten hat (zum Beispiel Pflichtbeiträge als selbständiger Handwerker oder Pflichtbeiträge für Zeiten des Bezugs von Krankengeld). Dieser Ausschluss gilt jedoch zum Beispiel nicht für eine bestehende Versicherungspflicht wegen Kindererziehung oder nicht erwerbsmäßiger Pflege.

Demnach führen dieselben Sachverhalte, die bis zum 31. Dezember 2010 zum Ausschluss der Versicherungspflicht wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II geführt haben (vergleiche Ziffer 1.1.1) nunmehr auch zum Ausschluss von Anrechnungszeiten. Anders als für Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit (siehe hierzu Ziffer 1.1.2) ist für die besondere neue Anrechnungszeit wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II nicht Bedingung, dass Arbeitslosigkeit im Sinne des SGB III vorliegt. Auch die Meldung bei einer deutschen Agentur für Arbeit oder dem zuständigen Jobcenter als Arbeitsuchender ist nicht erforderlich. Deshalb kann die neue Anrechnungszeit auch dann berücksichtigt werden, wenn der Versicherte während des Bezugs von Arbeitslosengeld II einen „1-Euro-Job“ mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden hatte.

Die neuen Anrechnungszeiten entstehen auch dann, wenn keine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit „unterbrochen“ wurde.

Die Anrechnungszeit beginnt mit dem Tag, für den das Arbeitslosengeld II erstmalig gezahlt wurde und endet regelmäßig mit dem Tag, für den die Leistung letztmalig gezahlt wurde.

1.2.2 Zusammentreffen einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosengeld II-Bezug mit einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit

Ist ein Bezieher von Arbeitslosengeld II gleichzeitig auch arbeitslos im Sinne des Rechts der Arbeitslosenversicherung, kann die neue Anrechnungszeit wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II mit einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit zusammentreffen. Die gleichzeitige Berücksichtigung beider Anrechnungszeiten ist grundsätzlich nicht möglich.

Eine Ausnahme besteht allerdings bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres:

Zusätzliche Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit können während des Bezugs von Arbeitslosengeld II bis zum 25. Lebensjahr entstehen, wenn alle unter Ziffer 1.1.2 genannten Voraussetzungen für die Anerkennung dieser Anrechnungszeiten vorliegen. Wie dort ebenfalls beschrieben, ist für Zeiten der Arbeitslosigkeit vor dem 17. Geburtstag zusätzlich die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit erforderlich.

Mit diesen Regelungen hat der Gesetzgeber sichergestellt, dass wie bisher nur bei jüngeren Versicherten neben dem Bezug von Arbeitslosengeld II auch eine Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden kann.

1.2.3 Zusammenfassung (Rechtslage ab 1. Januar 2011)

bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres	nach Vollendung des 17. und vor Vollendung des 25. Lebensjahres	nach Vollendung des 25. Lebensjahres
Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Bezug von Arbeitslosengeld II	Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Bezug von Arbeitslosengeld II	Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Bezug von Arbeitslosengeld II
Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit, wenn alle genannten Voraussetzungen (Ziffer 1.1.2) erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist dabei zwingend erforderlich) Die zusätzliche Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit hat für die Versicherten den Vorteil, dass diese Zeit bewertet wird und sich somit rentenerhöhend auswirken kann.	Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit, wenn alle genannten Voraussetzungen (Ziffer 1.1.2) erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist hier nicht erforderlich) Die zusätzliche Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit hat für die Versicherten den Vorteil, dass diese Zeit bewertet wird und sich somit rentenerhöhend auswirken kann.	Die zusätzliche Anerkennung einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit ist ausgeschlossen
Es entsteht eine beitragsfreie Zeit	Es entsteht eine beitragsfreie Zeit	Es entsteht eine beitragsfreie Zeit

2. Auswirkungen auf die Rente

Im Folgenden geht es um die Auswirkungen, die sich durch die unter Ziffer 1 beschriebenen Änderungen für die Rentenansprüche der Bezieher von Arbeitslosengeld II ergeben. Dabei muss im Wesentlichen unterschieden werden zwischen den Auswirkungen auf die

- **Anspruchsvoraussetzungen** für eine Rente und die
- **Höhe** des Rentenanspruchs.

2.1 Anspruchsvoraussetzungen für eine Rente

2.1.1 Wartezeiterfüllung

Eine „Wartezeit“ ist erfüllt, wenn eine vorgeschriebene Mindestanzahl von Monaten mit rentenrechtlichen Zeiten erreicht wurde. Für die verschiedenen Rentenarten hat der Gesetzgeber unterschiedliche Wartezeiten festgelegt. Diese unterscheiden sich sowohl nach dem **Umfang** (Anzahl) als auch nach der **Art** der jeweils erforderlichen Wartezeitmonate.

Der Bezug von Arbeitslosengeld II bis zum 31. Dezember 2010 ist eine Pflichtbeitragszeit, die außer bei der ab 2012 möglichen Altersrente für besonders langjährig Versicherte, bei **jeder** Wartezeit anrechenbar ist.

Ab 1. Januar 2011 liegt bei Zahlung von Arbeitslosengeld II „nur“ noch eine Anrechnungszeit vor, die lediglich bei der Erfüllung der Wartezeit für eine

- Altersrente für langjährig Versicherte oder
 - Altersrente für schwerbehinderte Menschen
- berücksichtigt werden kann. **Nicht** mehr berücksichtigt werden kann daher der Bezug von Arbeitslosengeld II ab 1. Januar 2011 bei den Wartezeiten für folgende Renten:
- Regelaltersrente
 - Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit
 - Altersrente für Frauen
 - Rente wegen Erwerbsminderung
 - Witwen- oder Witwerrente
 - Erziehungsrente
 - Waisenrente

Auch bei der ab 1. Januar 2012 möglichen Altersrente für besonders langjährig Versicherte kann der Bezug von Arbeitslosengeld II nicht für die Wartezeit berücksichtigt werden.

Ausnahmsweise kann ein Rentenanspruch auch ohne Erfüllung der Wartezeit bestehen, wenn ein Versicherter zum Beispiel wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit vermindert erwerbsfähig geworden oder gestorben ist. Man spricht hier von einer **vorzeitigen Wartezeiterfüllung**. Voraussetzung ist jedoch, dass der Versicherte bei Eintritt des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit versicherungspflichtig war oder in den letzten zwei Jahren davor mindestens ein Jahr Pflichtbeiträge gezahlt hat. Mit dem Wegfall der Versicherungspflicht für Bezieher von Arbeitslosengeld II zum 1. Januar 2011 kann keine dieser beiden Voraussetzungen mehr **durch den Bezug von Arbeitslosengeld II** erfüllt werden.

Ebenso sieht es bei einer weiteren Regelung zur vorzeitigen Wartezeiterfüllung aus. Diese sieht vor, dass eine Wartezeit auch dann vorzeitig erfüllt werden kann, wenn ein Versicherter innerhalb von sechs Jahren nach Beendigung einer Ausbildung voll erwerbsgemindert geworden oder gestorben ist und in den letzten zwei Jahren zuvor mindestens ein Jahr Pflichtbeiträge gezahlt hat. Auch hier können die erforderlichen Pflichtbeiträge ab 1. Januar 2011 nicht mehr durch den Bezug von Arbeitslosengeld II erreicht werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Bezug von Arbeitslosengeld II zukünftig nur noch in wenigen Fällen dazu beitragen kann, einen Rentenanspruch zu erwerben.

2.1.2 Besondere versicherungsrechtliche Voraussetzungen

Neben der Wartezeit setzen einige Renten die Erfüllung weiterer besonderer Bedingungen voraus.

So kann eine **Rente wegen Erwerbsminderung** nur gezahlt werden, wenn der Versicherte in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung mindestens 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung hat. Die erforderlichen 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen kann man nicht mehr durch Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab dem Jahr 2011 erreichen. Allerdings „verlängern“ Anrechnungszeiten den 5-Jahres-Zeitraum in die Vergangenheit. Befinden sich also in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung zum Beispiel 6 Monate mit Anrechnungszeiten wegen der Zahlung von Arbeitslosengeld II ab 2011, verlängert sich der Zeitraum von 5 Jahren auf 5 Jahre und 6 Monate. Dadurch kann die Voraussetzung „3 Jahre Pflichtbeiträge“ auch mit Pflichtbeiträgen erfüllt werden, die vor dem eigentlichen 5-Jahres-Zeitraum liegen. Sofern im Verlängerungszeitraum wiederum Anrechnungszeiten wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II vorhanden sind, erfolgt eine weitere Verlängerung – und so weiter. Hat der Betroffene die erforderlichen 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen innerhalb von 5 Jahren einmal erreicht, geht ihm diese Voraussetzung während des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011 nicht verloren, da der 5-Jahres-Zeitraum stets entsprechend ausgeweitet wird.

Liegen die 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen hingegen vor dem Beginn eines Arbeitslosengeldes II nicht vor, können sie durch den Arbeitslosengeld II-Bezug nicht mehr erreicht werden – anders als bei der Rechtslage bis 31. Dezember 2010, als die Zahlung von Arbeitslosengeld II selbst noch eine Pflichtbeitragszeit auslöste (vergleiche Ziffer 1.1.1).

Lediglich für ältere Versicherte sieht das Gesetz noch eine Sonderregelung vor, nach der die 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung für einen Rentenanspruch nicht erforderlich sind. Voraussetzung ist, dass der Versicherte vor dem 1. Januar 1984 mindestens 5 Jahre mit Beitragszeiten oder Ersatzzeiten hat und die Zeit ab dem 1. Januar 1984 bis zum Eintritt der Erwerbsminderung lückenlos mit sogenannten Anwartschaftserhaltungszeiten belegt ist. Zu den Anwartschaftserhaltungszeiten zählen sowohl Beitragszeiten als auch Anrechnungszeiten, sodass sich für Bezieher von Arbeitslosengeld II ab 2011 keine Änderung hinsichtlich der Anwartschaftserhaltungszeiten ergibt.

Bei einer **Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit** müssen als besondere versicherungsrechtliche Voraussetzung in den letzten 10 Jahren vor Beginn der Rente mindestens 8 Jahre lang Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung gezahlt worden sein. Hierzu zählen auch die Pflichtbeiträge, die für den Bezug von Arbeitslosengeld II bis Dezember 2010 gezahlt wurden. Nachdem ab 1. Januar 2011 keine Pflichtbeiträge mehr gezahlt werden, können die 8 Jahre seither nicht mehr durch den Bezug von Arbeitslosengeld II erreicht werden. Allerdings wird auch bei dieser Rente der 10-Jahres-Zeitraum durch Anrechnungszeiten verlängert (vergleiche vorherige Ausführungen zur Rente wegen Erwerbsminderung).

Weibliche Versicherte können eine **Altersrente für Frauen** erhalten, wenn sie unter anderem mehr als 10 Jahre mit Pflichtbeiträgen nach ihrem 40. Geburtstag haben. Zu diesen Pflichtbeiträgen zählen auch die Pflichtbeiträge für den Bezug von Arbeitslosengeld II bis 31. Dezember 2010. Seit 1. Januar 2011 können Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen hingegen keine weiteren Pflichtbeitragszeiten mehr in ihrem Versicherungskonto verbuchen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die bei einigen Renten geforderten besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen durch den Bezug von Arbeitslosengeld II ab 2011 nicht mehr erfüllt, sondern höchstens noch erhalten werden können.

2.1.3 Zusammenfassung

In den folgenden beiden Tabellen wird nochmals ein Überblick gegeben, bei welchen Anspruchsvoraussetzungen Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011 weiterhin berücksichtigt werden können (Tabelle 1) und bei welchen Anspruchsvoraussetzungen die Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011 zumindest dazu beitragen können, eine bereits erfüllte Anspruchsvoraussetzung zu erhalten (Tabelle 2).

Tabelle 1

	bis 2010	ab 2011
Anspruchsvoraussetzungen für die verschiedenen Rentenarten:	Erfüllung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?	Erfüllung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?
Wartezeit – Regelaltersrente	ja	nein
Wartezeit – Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	ja	nein
Wartezeit – Altersrente für Frauen	ja	nein
Wartezeit – Altersrente für langjährig Versicherte	ja	ja
Wartezeit – Altersrente für schwerbehinderte Menschen	ja	ja
Wartezeit – Altersrente für besonders langjährig Versicherte	nein	nein
Wartezeit – Rente wegen Erwerbsminderung	ja	nein
Wartezeit – Witwen- oder Witwerrente	ja	nein
Wartezeit – Waisenrente	ja	nein
Wartezeit – Erziehungsrente	ja	nein
Vorzeitige Wartezeiterfüllung – Rente wegen Erwerbsminderung, Witwen- oder Witwerrente, Waisenrente oder Erziehungsrente (in seltenen Fällen: Regelaltersrente)	ja	nein
3 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 5 Jahren – Rente wegen Erwerbsminderung	ja	nein
8 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 10 Jahren – Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	ja	nein
Mehr als 10 Jahre Pflichtbeiträge nach 40. Lebensjahr – Altersrente für Frauen	ja	nein

Tabelle 2

	bis 2010	ab 2011
Anspruchsvoraussetzungen für die verschiedenen Rentenarten:	Verlängerung / Erhaltung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?	Verlängerung / Erhaltung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?
3 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 5 Jahren – Rente wegen Erwerbsminderung	siehe Tabelle 1	ja
Anwartschaftserhaltungszeit (allgemeine Wartezeit von 5 Jahren vor dem 1. Januar 1984 erfüllt) – Rente wegen Erwerbsminderung	siehe Tabelle 1	ja
8 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 10 Jahren – Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	siehe Tabelle 1	ja

2.2 Rentenhöhe

2.2.1 Bewertung von Arbeitslosengeld II-Zeiten

Für die Beiträge, die ein Versicherter an die Rentenversicherung zahlt, erhält er sogenannte Entgeltpunkte in seinem Versicherungskonto gutgeschrieben. Die Entgeltpunkte spiegeln die erworbenen Rentenanwartschaften wider und sind somit der wesentliche individuelle Faktor für die spätere Rentenhöhe.

Da seit 1. Januar 2011 keine Beiträge mehr zur Rentenversicherung gezahlt werden, erhalten die Empfänger von Arbeitslosengeld II für diese Zeiten seitdem auch keine Entgeltpunkte mehr in ihrem Versicherungskonto. Zwar können für Anrechnungszeiten grundsätzlich auch Entgeltpunkte gutgeschrieben werden, allerdings hat der Gesetzgeber einige Einschränkungen und Ausnahmen festgelegt. Zu diesen Ausnahmen gehört auch die Anrechnungszeit wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011.

Somit führt der Bezug von Arbeitslosengeld II seit diesem Jahr nicht mehr zu einer direkten Erhöhung der späteren Rente. Allerdings waren die Rentenanwartschaften, die bis 31. Dezember 2010 durch die Beiträge während des Bezugs von Arbeitslosengeld II erworben wurden, sehr niedrig. So erwirbt ein arbeitsloser Hilfebedürftiger, der das ganze Jahr 2010 Arbeitslosengeld II bezogen hat, für dieses Jahr lediglich eine monatliche Rentenanwartschaft in Höhe von 2,11 Euro (bezogen auf den aktuellen Rentenwert im Juli 2011). Bei Weiterführung der Beitragspflicht über das Jahr 2010 hinaus würde eine Person, die ihr ganzes Leben lang Arbeitslosengeld II bezieht, lediglich einen Rentenanspruch von monatlich zirka 100 Euro (derzeitiger Wert) erwerben.

2.2.2 Auswirkungen bei der Berechnung der gesamten Rente

Obwohl die Zahlung von Arbeitslosengeld II keine Beitragszeiten mehr auslöst, führt dies aber nicht in jedem Fall zwangsläufig zu niedrigeren Rentenanwartschaften. Es gibt auch Versicherte, die von der neuen Regelung bei der Rentenberechnung profitieren. Dies sind vor allem Versicherte, die viele beitragsfreie Zeiten zum Beispiel in Form von Anrechnungszeiten und insbesondere der Zurechnungszeit haben. Für beitragsfreie Zeiten können im Rahmen der sogenannten Gesamtleistungsbewertung grundsätzlich auch Entgeltpunkte im Versicherungskonto gutgeschrieben werden (ausdrücklich ausgenommen sind allerdings – wie unter Ziffer 2.2.1 bereits erwähnt – die Anrechnungszeiten wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II). Die Entgeltpunkte für beitragsfreie Zeiten werden im Wesentlichen aus dem Durchschnitt aller Beitragszeiten des Versicherten berechnet. In die Berechnung des Durchschnittswertes aus allen Beitragszeiten fließen auch die Beitragszeiten für den Bezug von Arbeitslosengeld II bis 31. Dezember 2010 ein. Da diese Beiträge jedoch sehr niedrig waren, senken sie den Durchschnittswert regelmäßig.

Je mehr Beitragszeiten für den Bezug von Arbeitslosengeld II vorhanden sind, desto niedriger werden auch die Entgeltpunkte für die beitragsfreien Zeiten. Mit der Rechtsänderung zum 1. Januar 2011 wurde diese „Absenkung“ des Durchschnittswertes gestoppt, sodass die beitragsfreien Zeiten nun trotz des Bezugs von Arbeitslosengeld II

einen vergleichsweise höheren Entgeltpunktwert erhalten können. Hat ein Versicherter viele beitragsfreie Zeiten, übersteigt der „Gewinn“ an Entgeltpunkten bei diesen Zeiten sehr schnell den „Verlust“, der sich aus der weggefallenen Beitragszahlung ergibt.

Von der neuen Regelung profitieren insbesondere Personen, die bereits in jüngeren Jahren eine Rente wegen Erwerbsminderung erhalten, da bei dieser Rente die Zeit vom Eintritt der Erwerbsminderung bis zum 60. Lebensjahr als beitragsfreie Zeit hinzugerechnet wird (sogenannte Zurechnungszeit). Ebenso profitieren Hinterbliebene von früh verstorbenen Versicherten bei der Berechnung ihrer Hinterbliebenenrente, weil die Zeit vom Tod bis zum fiktiven 60. Lebensjahr des Verstorbenen ebenfalls als Zurechnungszeit zählt.

Der „positive Effekt“ anhand eines Beispiels:

Das Beispiel geht von einer Rente wegen voller Erwerbsminderung vor dem 60. Lebensjahr aus, die mit einem Rentenabschlag von 10,8 Prozent behaftet ist. Die Berechnung der Rentenanwartschaften erfolgt mit dem aktuellen Rentenwert zum 1. Juli 2011.

Vergleichend wird dabei eine Rente mit 5 Jahren Bezug von Arbeitslosengeld II in der Zeit von 2006 bis 2010 (siehe Tabelle 1) und die gleiche Rente mit 5 Jahren Bezug von Arbeitslosengeld II ab 2011 berechnet (siehe Tabelle 2).

Tabelle 1:

Im Versicherungskonto enthaltene rentenrechtliche Zeiten	Entgeltpunkte	Rentenanwartschaft mit Abschlag
20 Jahre Pflichtbeiträge aus Arbeitsentgelt (Durchschnittsverdienst)	20,0000	490,06 Euro
1 Jahr Arbeitslosengeld I-Bezug	0,8000	19,60 Euro
5 Jahre Arbeitslosengeld II-Bezug (2006 bis 2010)	0,4826	11,83 Euro
14 Jahre Zurechnungszeit (bei Erwerbsminderung)	11,4576	280,75 Euro
Insgesamt	32,7402	802,24 Euro (errechnet aus der Summe der Entgeltpunkte)

Tabelle 2:

Im Versicherungskonto enthaltene rentenrechtliche Zeiten	Entgeltpunkte	Rentenanwartschaft mit Abschlag
20 Jahre Pflichtbeiträge aus Arbeitsentgelt (Durchschnittsverdienst)	20,0000	490,06 Euro
1 Jahr Arbeitslosengeld I-Bezug	0,8000	19,60 Euro
5 Jahre Arbeitslosengeld II-Bezug (ab 2011)	0,0000	0,00 Euro
14 Jahre Zurechnungszeit (bei Erwerbsminderung)	13,8600	339,61 Euro
Insgesamt	34,6600	849,28 Euro (errechnet aus der Summe der Entgeltpunkte)

Die Bundesregierung ist bei ihrer Planung jedoch davon ausgegangen, dass der positive Effekt nur eine geringe Anzahl der Versicherten betreffen wird.

2.2.3 Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsverdienst

Die gezahlten Pflichtbeiträge für Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II bis 2010 haben in bestimmten Fällen auch Auswirkungen auf die Ermittlung der Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsverdienst. Diese Mindestentgeltpunkte erhalten Versicherte, die insgesamt mindestens 35 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten erreicht haben. Zu den 35 Jahren zählen sowohl die Beitragszeiten vor dem 1. Januar 2011 als auch die Anrechnungszeiten ab dem 1. Januar 2011 für den Bezug von Arbeitslosengeld II.

Sind die (vollwertigen) Pflichtbeiträge des Versicherten im Durchschnitt deutlich niedriger als die Beiträge aller anderen Versicherten (= weniger als 75 Prozent aller Versicherten), werden seine einschließlich bis zum Jahr 1991 gezahlten Pflichtbeiträge auf das 1,5fache angehoben, maximal jedoch auf 75 Prozent der Beiträge aller Versicherten.

Da die bis zum Jahr 2010 gezahlten Rentenversicherungsbeiträge für den Bezug von Arbeitslosengeld II sehr niedrig waren (im Jahr 2010 betrugen sie zum Beispiel nur zirka 7,7 Prozent des Durchschnittsbeitrags aller Versicherten), haben diese den Durchschnittsbeitrag eines Versicherten bisweilen erheblich gesenkt. Bei Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab dem 1. Januar 2011 tritt dieser Effekt nicht mehr ein.

3. Zusammenfassende Betrachtung und Begründung des Gesetzgebers

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bezieher von Arbeitslosengeld II mit den neuen Regelungen ab 1. Januar 2011 im Hinblick auf den Erwerb von Rentenansprüchen regelmäßig schlechter stehen als mit den Regelungen bis 31. Dezember 2010.

Der Gesetzgeber hat die Einschnitte damit begründet, dass der Bezug von Arbeitslosengeld II nach den allgemeinen Grundsätzen der Grundsicherung nur zum Ziel hat, eine akute Hilfebedürftigkeit zu beseitigen. Keinesfalls sollen bereits im Voraus Leistungen – in Form von Rentenbeiträgen – erbracht werden, um eine vielleicht bei einem späteren Rentenbezug eintretende Hilfebedürftigkeit zu beseitigen.

Reichen die während des Erwerbslebens zur Rentenversicherung gezahlten Beiträge nicht aus, um Hilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden, können aufstockende Hilfeleistungen noch zu gegebener Zeit gezahlt werden. Sind diese Beiträge dagegen ausreichend, um Hilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden, sollen diese Rentenanwartschaften während eines Arbeitslosengeld II-Bezugs nicht zu Lasten der Steuerzahler erhöht werden.

Zudem waren die Rentenversicherungsbeiträge, die bis 2010 während des Bezugs von Arbeitslosengeld II gezahlt wurden, für sich allein betrachtet zu niedrig, um Hilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden (siehe Ziffern 1.2.1 und 2.2.1). Das Risiko der Altersarmut hing auch bei der Regelung bis 2010 entscheidend davon ab, ob ein Betroffener vor oder auch nach dem Bezug von Arbeitslosengeld II ausreichend hohe Rentenanwartschaften erwerben konnte.

Mit der bisherigen Regelung haben zudem Personen Ansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung erworben, die bis zur Zahlung von Arbeitslosengeld II nicht in der Rentenversicherung versichert waren. So konnten zum Beispiel selbstständig tätige Personen, die zuvor nie in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, nach einem 6-monatigen Bezug von Arbeitslosengeld II Leistungen zur medizinischen Rehabilitation aus der Rentenversicherung in Anspruch nehmen – letztlich im Wesentlichen finanziert durch die übrigen Beitragszahler.

Durch den Wegfall der Versicherungspflicht bei den Beziehern von Arbeitslosengeld II ergeben sich bei den Rentenversicherungsträgern in den ersten 4 Jahren geschätzte jährliche Einnahmeausfälle zwischen 1,85 und 1,75 Milliarden Euro.

